

**Anträge zum Doppelhaushalt der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP
für die Haushaltsjahre 2016 / 2017**

T	S.	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Antragsstellung SPD, GRÜNE, FDP	Begründung
1	139	01-06-01	Operatives Ziel	Personalplanung	Siehe gesonderten Antrag.	Siehe gesonderter Antrag.
1	139	01-06-01	Konkr. Maßnahmen	Personalplanung	Der Haupt- und Finanzausschuss verweist die Beschlussfassung über eine verpflichtende Darlegung der benötigten Ressourcen, Aufstellungen von Fremdvergaben und Eigenleistungen, neben den finanziellen Auswirkungen bei Beschlussvorlagen der Verwaltung einzuführen, zur Beratung an den Unterausschuss Haushaltskonsolidierung.	Die Verwaltung stellt dar, dass sie ohne Personalmehrung eine Erweiterung der Beschlussvorlagen um die nötigen Ressourcen nicht möglich sei, Da stellt sich die Frage, wie die Verwaltung Beschlüsse vorlegen kann, wenn sie nicht alle benötigten Ressourcen kennt? Ein umfassenderer Transparenter Weg soll mit der Verwaltung im UA erläutert werden, damit zukünftige Entscheidungen in ihren Auswirkungen deutlich besser abzuschätzen werden und der Rat eine deutlich bessere Einschätzung zu den einzelnen Vorhaben erhält.
1	185	01-07-01		Maßnahmen Dokumenten- und Workflow-management-system	Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Maßnahmenkatalog für die kommenden zwei Jahre zu erarbeiten, der eine intensive Ausweitung des DMS auf die internen Verwaltungsvorgänge und die Öffnung zu E-Government für die Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Die dafür benötigten Ressourcen sind zusammen mit dem Maßnahmenkatalog dem HaFA vorzulegen.	Damit soll erreicht werden, dass Anträge von Bürgerinnen und Bürgern direkt ins System eingelesen werden und nicht neu „abgetippt“ werden im Rathaus. Von einer Wissensstadt+ muss man eine deutlichere stärkere digitale serviceorientierte Arbeitsweise erwarten dürfen. Auch intern soll das DMS deutlich schneller zu einer Effizienzsteigerung führen. Eine schnelle Umsetzung kann zu Einsparungen in der Zukunft führen.
1	247	01-09-07		Steuern und Abgaben	Der Haupt- und Finanzausschuss verweist die Beschlussfassung über den Ersatz der Straßenreinigungsgebühren und die Kosten des Winterdienstes durch eine Anpassung der Grundsteuer B in den UA Haushaltskonsolidierung. Der UA soll die Vor- und Nachteile einer solchen	Die Finanzierung aus dem Gesamthaushalt könnte einen Abbau von Bürokratie darstellen. Andere Kommunen haben zu dem Themenfeld entsprechende Beschlüsse gefasst. Es gilt für die Stadt Sankt Augustin zu prüfen, ob dies in unserer Konstellation zu den gleichen Ergebnissen führt. Wenn ja, ist es sehr bedenkenswert Bürokratiekosten abzubauen. Dabei sind

T	S.	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Antragsstellung SPD, GRÜNE, FDP	Begründung
					Umwandlung prüfen.	die Reinigungspflichten der Bürgerinnen und Bürger zu prüfen, um Ungerechtigkeiten zu vermeiden.
1	282	01-12-01	Invest. 09-00023	Büroflächen	Die Erneuerung von Möbeln im neuen technischen Rathaus ist auf 50.000 € zu deckeln.	Eine Einsparung von 20.000 € gegenüber dem Ansatz ist durchaus vertretbar. Nach dem Umzug ins neue tech. Rathaus sollten einige Möbel mehr als geplant aus dem bisherigen Bestand weiter genutzt werden.
1	291	01-12-03		Serviceleistungen Gebäude-management	Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung bis zum Jahresende 2016 den Wechsel vom „Eigentümersystem“ in ein „Vermieter-Mieter-System“ wie angekündigt zu prüfen und Umsetzungsvorschläge vorzulegen. Dabei soll auch die Möglichkeit der Ausgliederung in eine AÖR umfassend mit Vor- und Nachteilen dargelegt werden. Bericht an den UA Haushalt.	Die Verwaltung macht selbst den Hinweis im UA auf eine mögliche Veränderungen in der Arbeitsweise des Gebäudemanagements. Dabei ist aber auch die Auslagerung in eine AÖR von großer Bedeutung. Gerade die verbesserten Möglichkeiten beim Rekrutieren von Personal sollte mit betrachtet werden. Durch den Beschluss soll konkret noch in diesem Jahr eine mögliche neue Weichenstellung auf den Weg gebracht werden,
1	299	01-13-01		Verkauf von Grundstücken	Sportplatz Am Acker in Menden Siehe gesonderter Antrag	Siehe gesonderter Antrag
1	317	01-13-03	Zeile 11	Verpachtungen	Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung, über die städtische Grundstücksfläche neben einer Bäckerei in Niederpleis (an der Hauptstraße) einen Pachtvertrag abzuschließen.	Die städtische Fläche in Niederpleis wird als Parkplatz genutzt. Über die Fläche besteht kein Pachtvertrag. Um die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern und um mit anderen Flächen die als Parkplatz im Stadtgebiet genutzt werden gleichzuziehen, schließt die Stadt mit interessierten Nutzern für die Parkplatzflächen einen Pachtvertrag ab.

T	S.	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Antragsstellung SPD, GRÜNE, FDP	Begründung
1	342	01-15-01	Investitionen	Bauhof	Fahrzeug Ausmusterung, E-Mobilität Siehe gesonderten Antrag	Siehe gesonderten Antrag
1 2	455 109	03-02-01 06-01-01		Grundschulen Kindertagespf lege	Verbesserung der Mittagsverpflegung Ausbau der Kinderbetreuung Siehe gesonderter Antrag	Siehe gesonderter Antrag
2	146	06-02-02	Zeile 15	Offene Kinder- und Jugendarbeit	Auf Grundlage des Beschluss im JHA beschließt der HaFA eine Erhöhung des Ansatzes um 6.000 € für die Finanzierung der offenen Tür in Birlinghoven	Laut Beschluss im JHA ist eine Erhöhung für das Angebot in Birlinghoven vom Freien Träger Hotti e.V. dringend erforderlich. Zur Finanzierung sind Einsparungen bei anderen FW Leistungen erforderlich. Deckungsvorschläge: Freie Kulturarbeit Streichung 1.690 € Cantando parlando: Streichung 800 € Werkstattkonzerte: Streichung 1.000 € Jugendtheater Hotti: Streichung 600 € Städtepartnerschaften: Streichung 1.310 € Patenschaften: Streichung 2.040 € Sportverband: Streichung 1.750 € Gesamt Deckungsvorschlag plus Einsparung: 9.190 €
2	261	09-01-01		Städte- bauliche Planung und Entwicklung	Die Mittel für den Ideenwettbewerb am Marktplatz im Ortskern von Menden soll auf einen Ansatz von 25.000 € beschränkt werden.	Einen Ideenwettbewerb für den Marktplatz im Ortskern von Menden begrüßen wir, Der veranschlagte Ansatz von 35.000 € ist aber zu hoch. Mit den auf 25.000 € reduzierten Ansatz soll der Ideenwettbewerb durchgeführt werden.

T	S.	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Antragsstellung SPD, GRÜNE, FDP	Begründung
2	387	12-01-01	Zu Zeile 13	Straßen, Wege, Plätze	Der Haupt- und Finanzausschuss verweist die Beschlussfassung über die Einführung einer Straßensanierungsplanung zur Sanierung der Straßen, Geh- und Fahrradwege zur Beratung in den UA Haushalt.	Es soll erreicht werden mit zukünftig mehr Investitionsmitteln, die städtischen Strassen schneller saniert zu bekommen um hohe Folgekosten zu verhindern. Dafür muss eine vernünftige umfassende Planung als Grundlage für den Einsatz höherer Investitionsmittel erarbeitet werden.
2	388	12-01-01	Invest Nr. 07-00245	Bau- maßnahme L 16	Streichung der Investition in 2019 in Höhe von 425.000 €. Einstellung von 50.000 konsumtiv für provisorische Maßnahmen.	Aufgrund der absehbaren Baumaßnahmen S 13 und A 59 macht eine Umsetzung erst damit zusammenhängend auch für die L 16 Sinn.
2	388	12-01-01	Invest Nr. 07-00227	Bau- maßnahme „Am Bahnhof“ Planstr. A	Streichung der Investitionen in 2019 in Höhe von 1.300.000 €, sowie der dazugehörigen Einnahmen von Drittmitteln in 2019 von 438.000 € und in 2020 in Höhe von 146.000 €.	Aufgrund der absehbaren Baumaßnahmen S 13 und A 59 macht eine Umsetzung erst damit zusammenhängend auch für die L 16 sinn.
2	388	12-01-01	Invest Nr. 07-00317	Kreisverkehr Siegburger Str. / Rathausallee	Streichung der Investitionen von 640.000 € in 2016 sowie der dazugehörigen Einnahmepositionen aus Drittmitteln in Höhe von 504.500 €.	Fehlende Aussicht auf Förderung durch die Bezirksregierung und bislang keine Beteiligung des RSK in Aussicht gestellt. Handlungsnotwendigkeiten wegen der Verkehrssicherheit erscheinen nach Umstellung der Ampelschaltung nicht mehr gegeben.
2	388	12-01-01	div.	Maßnahmen des IHK Zentrum	Siehe gesonderten Antrag	Siehe gesonderten Antrag
2	412	12-03-01	Invest.Nr. 07-00329	Instand- setzung Beleuchtung Kölnstraße	Der Austausch der Laternenmasten auf der Kölnstraße soll vorerst nicht erfolgen. Streichung der dafür vorgesehenen Mittel.	Der Austausch der Lampen macht ökologisch Sinn. Die Erfordernis des Austausches der gesamten Laternenmasten ist nicht nachvollziehbar. Sollten die Lampen nur mit dem Austausch der Masten gemeinsam ausgetauscht werden können, sollen andere Laternen im Stadtgebiet vorgezogen werden und die Laternen auf der Kölnstraße erst in ein paar Jahren, wenn dann auch die Masten zur Erneuerung anstehen.

T	S.	Produkt	Zeile / Invest.-Nr.	Maßnahme / Sachverhalt	Antragsstellung SPD, GRÜNE, FDP	Begründung
2	536	16-01-01	Zeile 01	Besteuerung von Spielautomaten mit Gewinnmöglichkeit	<p>Die Erhöhung der Vergnügungssteuer auf 16,5 % wird bereits zum 1.7.2016 umgesetzt.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung bis dahin rechtzeitig das Beteiligungsverfahren durchzuführen.</p>	<p>Mehreinnahmen in 2016 von 98.000 €.</p> <p>Beteiligungsverfahren muss die Verwaltung bis zur Erhöhung hinbekommen, damit die Erhöhung keine Erdrosselnde Wirkung hat, müssen die Steuerpflichtigen beteiligt werden.</p>